

## Forderungen der Allianz für Klimagerechtigkeit an die Österreichische Bundesregierung

Anlässlich der Klimakonferenz COP26 analysiert die Allianz für Klimagerechtigkeit, eine Plattform von 26 österreichischen Umwelt-, Entwicklungs- und sozialen Organisationen, die Kernthemen der Verhandlungen und fordert von der Bundesregierung Maßnahmen in den drei Bereichen Klimagerechtigkeit, umfassender Klimaschutz und internationale Klimafinanzierung.

### Kontext

Bei der UN-Klimakonferenz COP26 in Glasgow gilt es, sich auf Ziele, Regeln und Maßnahmen zu einigen, die das Erreichen der Pariser Klimaziele mit Synergien zu den Nachhaltigen Entwicklungszielen der Agenda 2030 sicherstellen. Wichtig ist der Allianz für Klimagerechtigkeit, dass auch unter pandemiebedingt erschwerten Bedingungen die Stimmen aller Betroffenen bei der Konferenz gehört werden<sup>1</sup>.

Derzeit ist die Summe der Klimaschutz-Zusagen der Staaten noch weit vom 1,5 °C Ziel des Pariser Klimaabkommens entfernt. Daher müssen laut Pariser Beschlüssen alle Staaten neue, verbesserte nationale Klima-Ziele (sogenannte NDCs) bis zur COP26 übermitteln. Bis jetzt ist das aber nur in ungenügendem Ausmaß erfolgt.

In den Verhandlungen muss die Politik sowohl seit Jahren verschobene Punkte erledigen, als auch das Klimaabkommen von Paris weiterentwickeln. Folgende Punkte sind dabei zentral:

- ❖ Bei der COP26 in Glasgow müssen die Unterzeichner\*innen des Pariser Abkommens die nächste Runde nationaler Klimabeiträge (NDCs) vorlegen, welche mit ehrgeizigeren Zielen für 2030 überarbeitet sein sollen
- ❖ Weiters sind langfristige Strategien zu erarbeiten, welche darstellen, wie und wann einzelne Staaten Netto-Null-Emissionen erreichen wollen
- ❖ Das Schließen von möglichen Schlupflöchern (z.B. beim internationalen Emissionshandel) ist sicherzustellen
- ❖ Die Verhinderung von negativen Nebeneffekten von Klimamaßnahmen (z.B. durch Schutz von Menschenrechten und Armutsbekämpfung) ist zu gewährleisten
- ❖ Bei dem globalen Ziel der Anpassung an die Klimakrise gilt es, Fortschritte in der Operationalisierung und Umsetzung zu erzielen

---

<sup>1</sup> Für die Durchführung einer sicheren und gerechten COP unter den diesjährigen Bedingungen weisen wir auf die von CAN International formulierten Prinzipien: „Safety And Equity Demands and Principles for COP26“, <https://climatenetwork.org/resource/safety-and-equity-demands-and-principles-for-cop26/>

- ❖ Die Unterstützung für Länder des globalen Südens bei den immer größer werdenden Schäden und Verlusten durch die Erderhitzung ist weiterzuentwickeln
- ❖ Die am meisten von der Klimakrise Betroffenen – Menschen im Globalen Süden und junge Menschen – müssen in Entscheidungen einbezogen werden
- ❖ Verhandlungen zu einem erhöhten Klimafinanzierungsziel für Entwicklungsländer<sup>2</sup> für die Zeit nach 2025 werden gestartet, und die Lücke zur bisherigen Zusage von 100 Mrd. USD Ziels durch die Industriestaaten muss geschlossen werden
- ❖ Die Arbeit am bisher vernachlässigten dritten Ziel des Pariser Abkommens, der Ausrichtung aller globalen Finanzflüsse an eine emissionsarme und klimaresiliente Entwicklung gilt es zu intensivieren

Wer bei Klimakonferenzen Fortschritte erzielen will, soll glaubwürdig auftreten. Österreich ist daher aufgefordert, seine Hausaufgaben zu machen und ambitionierte nationale Klimaschutzmaßnahmen sowie gezieltere internationale Unterstützungsleistungen umzusetzen. Dabei gilt es, den Blick auf dem großen Ganzen zu halten und im Sinne der Klimagerechtigkeit für alle Menschen am Erdball zu handeln. Dies wird dann gelingen, wenn sowohl die Berücksichtigung wissenschaftlicher Erkenntnisse als auch die Partizipation aller Stakeholder (auch in Pandemie-Zeiten) in den Verhandlungen sichergestellt wird.

## 1. Klimagerechtigkeit

Die Klimakrise hat nicht nur ökologische Auswirkungen, sondern auch soziale, humanitäre, sozioökonomische und gesundheitliche Konsequenzen. Klimagerechtigkeit muss daher in all ihren Dimensionen berücksichtigt werden. Industriestaaten, die historisch und gegenwärtig für den Großteil der weltweiten menschengemachten Emissionen verantwortlich sind und die größeren finanziellen und technischen Möglichkeiten haben, sollen daher einen größeren Teil beitragen und eine Vorreiterrolle einnehmen.

Länder des Globalen Südens, die wenig zur Klimakrise beigetragen haben, aber jetzt schon massiv von den Folgen betroffen sind, gilt es zu unterstützen. Denn insbesondere die am stärksten gefährdeten Länder besitzen vielfach nicht die Ressourcen, um die Folgen von Naturkatastrophen oder Umweltveränderungen bewältigen zu können. Die Klimakrise bedroht zudem die in der UN-Menschenrechtsdeklaration verankerten Rechte, wie zum Beispiel das Recht auf Leben. Maßnahmen zur Anpassung an die Erderhitzung und zur Minimierung des Katastrophenrisikos sind somit weltweit unabdingbar.

Anhaltende und wiederkehrende Krisen bringen vor allem arme und marginalisierte Menschen und Gemeinschaften an die Grenzen ihrer Anpassungsfähigkeit und machen Gesellschaften anfälliger für Krisen. Frauen und Mädchen, aber auch Menschen mit Behinderungen und indigene Gruppen sind in besonderer Weise von den Auswirkungen der Klimakrise betroffen. Weiters gilt es im Sinne von intergenerationeller Gerechtigkeit

---

<sup>2</sup> Der Begriff „Entwicklungsländer“ wird in diesem Positionspapier ausschließlich da verwendet, wo er sich im Kontext der UN bzw. UNFCCC auf die hier übliche Zuordnung zu „developed countries“ und „developing countries“ bzw. Annex-I und Non-Annex-I Länder bezieht.

Forderungen junger Menschen und kommender Generationen anzuerkennen, denn sie werden die Auswirkungen am meisten spüren. All diese Gruppen sollten bei der Bewältigung der Klimakrise stärker berücksichtigt werden.

Klimabedingte Migration und Vertreibung ist eine zunehmende Auswirkung der Klimakrise, nicht zuletzt, da schrumpfende Lebensgrundlagen auch zur Verschärfung von Konflikten und staatlicher Fragilität beitragen. Abwanderung bzw. Flucht ist dann oft der einzige mögliche Ausweg um zu überleben. Alle diese Aspekte der Klimagerechtigkeit gilt es zu beachten.

Als Beitrag zur Klimagerechtigkeit fordern wir von der Österreichischen Bundesregierung:

### **Klimagerechtigkeit für Menschen des Globalen Südens und junge Menschen**

- ❖ Ganzheitlich gedachte Klima-Maßnahmen müssen mit einem menschenrechtsbasierten und geschlechtergerechten Ansatz sowie an der Verringerung von Armut orientiert geplant und umgesetzt werden.
- ❖ Länder des Globalen Südens sollen bei der Senkung ihrer Emissionen durch erleichterten Zugang zu lokal anwendbaren, dezentralen und angemessenen Klimaschutztechnologien unterstützt werden (Wissens- und Technologietransfer). Keine Unterstützung darf es für ökologisch und entwicklungspolitisch bedenkliche Großprojekte geben.
- ❖ Österreich muss sich für die umfassende Unterstützung bei klimabedingten Schäden und Verlusten insbesondere in Ländern des Globalen Südens unter Einbeziehung des Warsaw International Mechanism for Loss and Damage associated with Climate Change Impacts (WIM) einsetzen.
- ❖ Österreich und die EU müssen sich für ein internationales Schutzsystem für Menschen, die von klimabedingter Migration bzw. Vertreibung betroffen sind, einsetzen. Auch ohne rechtlich gesicherten Status müssen aufgrund der Klimakrise geflüchtete Menschen Schutz und Zugang zu lebensnotwendigen Leistungen erhalten.
- ❖ Österreich muss sich für einen Wandel hin zu einer sozial und ökologisch gerechten Wirtschaft einsetzen, die den Schutz der Menschenrechte in den Lieferketten verbindlich sicherstellt. Welthandel darf nur dort gefördert werden, wo er nicht mit dem Klima- und Biodiversitätsschutz und damit der Klimagerechtigkeit in Konflikt steht.
- ❖ Die aktive und gleichberechtigte Partizipation von besonders von der Klimakrise betroffenen Menschen und Gemeinschaften an der Klimapolitik muss sichergestellt werden.
- ❖ Jugendräte auf nationaler und EU Ebene müssen verpflichtend in politische Entscheidungsfindung miteinbezogen werden. Diese Jugendräte sollen den Status von Sozialpartner\*innen in der EU und in Österreich erhalten. Sie können auch die Brücke zur UN Youth Advisory Group on Climate Change schlagen.
- ❖ Die Partizipation und Gleichstellung von vulnerablen und marginalisierten Gruppen im UNFCCC-Prozess muss durch ihre Einbindung in Verhandlungsprozesse und die Förderung der Teilnahme ihrer Vertreter\*innen an Konferenzen gestärkt werden.

- ❖ Zur Stärkung der Beteiligung und Mitsprache von Frauen in der Klimapolitik und bei Klima-Maßnahmen muss sich die Bundesregierung für die Umsetzung des UNFCCC Gender Action Plan einsetzen und selbst zur Umsetzung beitragen.
- ❖ Österreich muss sich gezielt dafür einsetzen, dass wissenschaftliche Erkenntnisse die Grundlage für klimarelevante Entscheidungsprozesse darstellen und die Wissenschaft aktiv und signifikant in diese Prozesse eingebunden wird.
- ❖ Bei allen Klimamaßnahmen (sowohl national durchgeführten als auch über internationale Klimafinanzierung angestoßenen) müssen Gender-Aspekte zentrale Berücksichtigung finden und insbesondere marginalisierte Gruppen wie Frauen, Indigene und die ländliche Bevölkerung frühzeitig in die Planung, Umsetzung und Evaluierung eingebunden werden.

### Anpassung an die Klimakrise, Risikominderung und Katastrophenvorsorge

- ❖ Österreich muss sich für eine ausgewogene Themensetzung zwischen Klimaschutz und Anpassung an die Klimakrise, sowie deren ausbalancierte finanzielle Unterstützung einsetzen. Dabei sollen Ressourcen für Anpassung und Katastrophensrisikominderung gezielt für Länder mit hohem Risiko und geringer Kapazität verwendet und die exponiertesten Gemeinden/Regionen priorisiert werden.
- ❖ Österreich muss sich für eine Stärkung der Rolle lokaler Akteur\*innen und besonders verwundbarer Gruppen bei Anpassungsmaßnahmen an die Folgen der Erderhitzung einsetzen. Diese sind am Besten in der Lage, Anpassungsmaßnahmen im eigenen Land durchzuführen. Insbesondere ist bei der Entwicklung und Umsetzung von inklusiven und gendersensiblen National Adaptation Plans (NAP) die lokale Bevölkerung in Entscheidungen einzubinden, ganz besonders, wenn es um Umsiedlung aus Risikogebieten geht.
- ❖ Österreich muss eine vorausschauende und frühzeitige Hilfe sowohl bei plötzlich als auch bei langsam eintretenden klimabedingten Katastrophen fördern.
- ❖ Österreich muss dazu beitragen, die institutionelle und staatliche Katastrophenvorsorge in den am wenigsten entwickelten Ländern der Welt zu stärken und dabei auch auf innovative Instrumente wie an Frühwarnsysteme gekoppelte Finanzierungsmechanismen oder klimaangepasste soziale Absicherung setzen.
- ❖ Österreich muss auf allen Ebenen dazu beitragen, dass Menschen, die in Krisen- und Konfliktgebieten leben, direkt und unter Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse in globale, nationale und lokale Entscheidungen und Pläne einbezogen werden.
- ❖ Österreich muss sich für die Förderung der Kohärenz zwischen humanitären, entwicklungspolitischen, Umwelt- und Klimaschutzverpflichtungen einsetzen, mit dem Ziel, Resilienz gegenüber der Erderhitzung aufzubauen und globale Zusagen auf nationaler und lokaler Ebene umzusetzen.

## 2. Umfassender Klimaschutz

Insgesamt reichen die bis jetzt vorliegenden Pläne noch nicht zur Einhaltung des 1,5 °C-Ziels des Pariser Klimaschutzabkommens aus. Die Klimakonferenz COP26 soll dabei helfen, die Lücken in den Bereichen Klimaschutz, Anpassung und Finanzierung zu schließen. Pläne und Ziele der Staaten müssen auf fairen und gerechten Klimälösungen beruhen, die sicherstellen, dass die Erderhitzung auf unter 1,5 °C begrenzt werden kann.

Parallel zur Klimakrise, erweist sich die voranschreitende Biodiversitätskrise als gleichermaßen akutes Problem. Beide Krisen verstärken sich gegenseitig und müssen daher auch gemeinsam gelöst werden, um unsere Lebensgrundlagen zu schützen und kontraproduktive Effekte zu vermeiden. Gleichzeitig haben intakte Naturräume das Potenzial für eine erhebliche Minderung der Treibhausgaskonzentration. Die Verbindungen zwischen der Konvention über die biologische Vielfalt (CBD) und der Klimarahmenkonvention (UNFCCC) müssen dringend gestärkt und mit konkreten Maßnahmen versehen werden.

Auf nationaler Ebene hat die Bundesregierung in ihrem Regierungsprogramm vereinbart, bis 2040 Klimaneutralität zu erreichen. Das bedeutet, dass sich Emissionsquellen und -senken dann die Waage halten. Dazu müssen sowohl Emissionen in allen Sektoren rasch vermindert werden als auch natürliche Emissionssenken erhalten und gestärkt werden. Bei allen Maßnahmen ist die Zivilgesellschaft sowie die Wissenschaft bei der Planung und Umsetzung frühzeitig und effektiv einzubinden.

Klimamaßnahmen stehen immer in Wechselwirkung mit anderen langfristigen internationalen Entwicklungen. So ist bei allen von Österreich ergriffenen und unterstützten Maßnahmen die Kohärenz mit entwicklungspolitischen Zielen und mit der UN Agenda 2030 und ihren Nachhaltigen Entwicklungszielen (SDGs) sowie der Konformität mit Menschenrechten sicherzustellen. Ebenso ist eine klimasensible Umsetzung aller 17 SDGs für die Erfüllung des Pariser Klimaschutzabkommens von entscheidender Bedeutung.

Als Beitrag zur Klimagerechtigkeit fordern wir von der Österreichischen Bundesregierung:

### **Maßnahmen auf internationaler Ebene**

- ❖ Österreich muss sich politisch auf EU und internationaler Ebene dafür einsetzen, die Lücke zwischen der Erreichung des 1,5 °C-Ziels des Pariser Klimaschutzabkommens und den bisher zugesagten Beiträgen der Nationalstaaten (NDCs) zu schließen. Es dürfen im NDC-Prozess nur Vorschläge unterstützt werden, die dafür geeignet sind, die Klimaschutzmaßnahmen wissenschaftsbasiert zu stärken. Der NDC-Prozess muss zudem auf einen gemeinsamen 5-Jahres-Zyklus ausgelegt werden.
- ❖ Die Bundesregierung muss darauf hinwirken, dass bei allen Maßnahmen zum Klimaschutz sowie zur Anpassung an die Klimakrise nur wissenschaftlich empfohlene naturverträgliche Lösungen zum Einsatz kommen, um dem Verlust an Biodiversität entgegenzuwirken, Artenvielfalt zu fördern und Synergien mit den Zielen der UN-Biodiversitätskonvention sicherzustellen. Ebenso müssen

höchstmögliche Kohärenz zwischen Umwelt- und Entwicklungszielen angestrebt und kontraproduktive Effekte vermieden werden.

- ❖ Innerhalb der EU muss sich Österreich dafür einsetzen, dass das bisher zugesagte Ziel einer Treibhausgasreduktion von mindestens 55 Prozent durch konkrete Gesetzesinitiativen (d.h. „Fit for 55“ Packet) deutlich übertroffen und bis 2030 mindestens 65 Prozent an Treibhausgas-Einsparung erreicht wird, wie es die Klimawissenschaft empfiehlt.
- ❖ Bei den internationalen Verhandlungen muss Österreich darauf hinwirken, dass dem Exekutivausschuss des Warschau International Mechanism ein Mandat erteilt wird, nach neuen und zusätzlichen Finanzierungsquellen für klimabedingte Schäden und Verluste zu suchen. Ebenso muss das Santiago Network on Loss and Damage durch einen Beschluss der COP26 in einer Weise operationalisiert werden, die den Bedürfnissen der gefährdeten Menschen in den Entwicklungsländern gerecht wird und in das UNFCCC-System eingebettet ist.
- ❖ Österreich muss sich bei der Regulierung des internationalen Emissionshandels unter dem Pariser Abkommen dafür einsetzen, dass diese zu einer zusätzlichen Reduktion der globalen Emissionen führt und soziale, geschlechtergerechte und menschenrechtliche Prinzipien in der Planung und Umsetzung von Emissionshandel-Projekten eingehalten werden. Weiters muss sichergestellt werden, dass es zu keiner Unterwanderung gegebener Klimaschutzzusagen durch den Emissionshandel kommt, wie dies durch doppelte Zählung von Emissionsrechten, die Übernahme von Emissionsrechten aus dem Kyoto Regime oder durch Verkauf der Übererfüllung geringer nationaler Ziele diskutiert wird.

### Maßnahmen auf nationaler Ebene

- ❖ Österreich muss seinen fairen Anteil am internationalen Klimaschutz leisten und das Ziel der Klimaneutralität bis 2040 mit konkreten sektorspezifischen Zwischenzielen gesetzlich verankern. Dieser Pfad muss den Empfehlungen der Klimawissenschaft entsprechen.
- ❖ Österreich muss im Vergleich zu 1990 bis zum Jahr 2030 die Treibhausgasemissionen um mindestens 57 Prozent<sup>3</sup> reduzieren und den Energieverbrauch um mindestens 30 Prozent senken sowie den Anteil erneuerbarer Energie am Gesamtenergiemix auf mindestens 60 Prozent steigern.
- ❖ Klimaneutralität erfordert eine vollständige Dekarbonisierung des Energiesystems und Maßnahmen zum Erhalt von natürlichen Emissionssenken, wie Wäldern und Mooren. Damit dieses Ziel wirksam umgesetzt werden kann, braucht es im Klimaschutzgesetz einen rechtlich verbindlichen, stufenweisen Ausstiegsplan aus fossiler Energie.

---

<sup>3</sup> vgl.: Wegener Center (2021): Treibhausgasbudget für Österreich auf dem Weg zur Klimaneutralität 2040

- ❖ Ebenso muss die Bundesregierung auf allen Ebenen sicherstellen, dass bis 2023 keine öffentlichen Mittel von österreichischen Institutionen in die Finanzierung von Exploration, Extraktion, Verarbeitung, Transport oder Vertrieb von fossilen Energieträgern fließen.
- ❖ Österreich muss einen Nationalen Energie- und Klimaplan ausarbeiten, der zwischen Bund, Ländern und Gemeinden abgestimmt ist und klare Zuständigkeiten festlegt. Der Plan muss sektorspezifische Ziele, Maßnahmen, eine Zuordnung von Verantwortlichkeiten sowie eine gesicherte Finanzierung beinhalten.
- ❖ Besonders wichtig sind sektorenübergreifende Maßnahmen wie ein Bodenschutz-Programm und eine ambitionierte öko-soziale Steuerreform (inklusive einer klimagerechten CO<sub>2</sub>-Bepreisung von mittelfristig 150 EUR/Tonne<sup>4</sup> und einem Öko-Bonus als sozialen Ausgleich).
- ❖ Ebenso muss unverzüglich ein ambitioniertes Energieeffizienzgesetz in Kraft treten und für alle neuen und bestehenden Gesetze, Verordnungen und Bund-Länder-Vereinbarungen ein verpflichtender und unabhängiger Klimacheck durchgeführt werden sowie ein Mechanismus, der Ergebnisse aus dem Klimacheck umsetzt.
- ❖ Begleitend dazu gilt es die Sanierungsrate von Altbauten zu erhöhen, den Ausbau des öffentlichen Verkehrs und der Rad-Infrastruktur voranzutreiben, alternative Antriebe zu forcieren und das Tempolimit zu reduzieren.
- ❖ Weiters ist die Vorlage einer Kreislaufwirtschaftsstrategie, insbesondere für die energie- und emissionsintensive Industrie, orientiert an den Pariser Klimazielen, der EU Circular Economy Strategy und dem EU Circular Economy Action Plan zentral.
- ❖ Die Erhöhung des Anteils der Bio-Landwirtschaft und Maßnahmen für eine weniger tierlastige Ernährung.

### 3. Internationale Klimafinanzierung

Reiche und arme Staaten rund um den Globus müssen je ihren Teil zum Klimaschutz und zum Schutz ihrer Bevölkerung vor den Folgen der Erderhitzung beitragen. Staaten mit geringen finanziellen Handlungsmöglichkeiten, also viele Länder des Globalen Südens, brauchen dabei Unterstützung. Industrienationen sind die Hauptverursacher von Treibhausgasemissionen und haben daher eine besondere Verantwortung. Eine finanzielle Unterstützung von Entwicklungsländern von 100 Mrd. USD jährlich im Zeitraum von 2020-2025 wurde gemeinsam festgelegt. Zudem wurde beschlossen, ein höheres Unterstützungsziel für die Zeit nach 2025 festzulegen.

Jedoch wurde laut OECD das 100 Mrd. USD Ziel im Jahr 2019 bei weitem nicht erreicht und dieses Ziel wird wohl auch 2020 nicht erreicht worden sein.<sup>5</sup> Dennoch legen die Industriestaaten derzeit keine klaren Zusicherungen zur Erreichung dieses Unterstützungsvolumens für die kommenden Jahre auf den Tisch. Ebenso wurden noch keine klaren Zusagen von Industriestaaten zur finanziellen Unterstützung bei den immer

<sup>4</sup> vgl. Ökobüro (2020): Öko-sozial umsteuern. Positionspapier für eine öko-soziale Steuerreform. Url.: [https://oekobuero.at/files/516/positionspapier\\_okosoziale\\_steuerreform\\_19\\_11\\_2020.pdf](https://oekobuero.at/files/516/positionspapier_okosoziale_steuerreform_19_11_2020.pdf)

<sup>5</sup> OECD (2021), Climate Finance Provided and Mobilised by Developed Countries: Aggregate Trends Updated with 2019 Data, OECD Publishing, Paris, <https://doi.org/10.1787/03590fb7-en>

stärker werdenden Schäden und Verlusten durch die Erderhitzung getätigt. Hinzu kommt die enorme budgetäre Belastung von vielen Ländern des Globalen Südens durch die Corona-Pandemie. Eine ausreichende finanzielle Unterstützung von Industriestaaten für Länder des globalen Südens ist zudem eine wichtige Voraussetzung für das Gelingen von internationalen Verhandlungen, weil sie Vertrauen schafft und die Basis für kooperative Gespräche legt.

Bei der COP26 in Glasgow muss sich die Staatengemeinschaft einig werden, wie ein neues finanzielles Unterstützungsziel bis 2025 festgelegt werden soll, welches die differenzierten Finanzierungsbedürfnisse von unterschiedlichen Staaten berücksichtigt.

Für die österreichische Bundesregierung bedeutet dies, die Beiträge zur internationalen Klimafinanzierung insbesondere für die Anpassung an die Klimakrise zu erhöhen und den Sitz im Board des Green Climate Funds zur Unterstützung von lokalen und effizienten transformativen Maßnahmen einzusetzen.

Als Beitrag zur Klimagerechtigkeit fordern wir von der Österreichischen Bundesregierung:

#### Quantität und Qualität der Klimafinanzierung

- ❖ Österreichs internationale Klimafinanzierung ausbauen mit dem Ziel, sowohl die öffentlichen Zuschüsse als auch die Gesamtsumme bezogen auf 2020 zu verdoppeln, um den sich verschärfenden Notwendigkeiten von Entwicklungsländern, dem 100 Mrd. USD Ziel und den zukünftig notwendigen Verhandlungserfolgen laut Pariser Abkommen Rechnung zu tragen
- ❖ Mindestens 50% der Klimafinanzierung für Anpassung an die Klimakrise mit adäquaten Finanzinstrumenten einsetzen, um den internationalen Vereinbarungen gerecht zu werden sowie Entwicklungsländer bei der fortschreitenden Bedrohung durch die Erderhitzung gezielt zu unterstützen
- ❖ Die Notwendigkeit finanzieller Unterstützung für Schäden und Verluste durch Folgen der Erderhitzung, insbesondere für die Least Developed Countries (LDCs) und die Small Island Development States (SIDS), anerkennen und Finanzierung zusätzlich zur Anpassungsfinanzierung aufbauen
- ❖ Die Zuschuss-basierten Instrumente der Klimafinanzierung insbesondere für besonders stark betroffene Entwicklungsländer steigern, um Anpassungsmaßnahmen zu fördern und der sich aufbauenden Schuldenkrise entgegenzuwirken
- ❖ Für ein adäquates, granulares Post-2025 Finanzierungsziel mit Subzielen für öffentliche Finanzierung, Zuschüsse, Adaptation sowie Schäden und Verlusten Position beziehen und einen raschen Prozess zu dessen Verhandlung, unter Berücksichtigung des steigenden Bedarfs an Klimamaßnahmen und der auch pandemiebedingten enger werdenden finanziellen Kapazitäten von Entwicklungsländern unterstützen
- ❖ Vorhersagbarkeit der öffentlichen Klimafinanzierung sowie Additionalität zur Entwicklungsfinanzierung, um dem Wiederaufbau nach der Pandemie, der Klimakrise und den Zielen der Agenda 2030 gemeinsam zu begegnen

- ❖ Den Einsatz der öffentlichen sowie der privaten Mittel für geschlechtergerechte und menschenrechtsbasierte Klimamaßnahmen sicherstellen, unter Einhaltung von sozialen und ökologischen Safeguards und in Synergie mit Entwicklungszielen wie Armutsminderung und Ernährungssicherung
- ❖ Die Klimafinanzierung an den Bedürfnissen von armen und besonders von der Erderhitzung betroffenen Bevölkerungsgruppen ausrichten sowie den Zugang zu internationaler Klimafinanzierung für lokale, zivilgesellschaftliche oder „community-based“ Organisationen unterstützen, um den effektiven und transformativen Einsatz der Mittel zu fördern

### Transparenz bei Finanzflüssen

- ❖ Das UNFCCC Berichtsformats weiterentwickeln (Common Tabular Format), um die Meldung auf Aktivitäten-Ebene (nicht aggregiert), die separate Darstellung von Gesamtvolumen, klimaspezifischem Volumen sowie Grant-Äquivalent des klimaspezifischen Volumens der gemeldeten Maßnahmen sowie Vergleichbarkeit zwischen den Meldungen der gegebenen sowie der empfangenen finanziellen Unterstützung sicherzustellen
- ❖ Die optionalen Berichtselemente des künftigen Berichtssystems nutzen, unter anderem zum Grant-Äquivalent der gemeldeten Finanzierungen analog zum OECD DAC System

### Green Climate Fund (GCF) und Adaptation Fund

- ❖ Einsatz im Board des GCF sowie in der COP Guidance an den GCF für die Verbesserung des Zuganges für kleine und lokale Organisationen zu Mitteln des Funds sowie zur Erhöhung der Partizipationsmöglichkeiten von zivilgesellschaftlichen Organisationen in den Unterstützungsprogrammen des GCF im Sinne eines umfassenden Country Ownerships
- ❖ Ebenso Einsatz für eine fruchtbare Zusammenarbeit des GCF mit dem Adaptation Fund, mit dem Ziel, eine niederschwellige Mittelvergabe für Anpassungsprojekte bis zu einem Volumen von 14 Mio. USD über den Adaptation Fund zu ermöglichen und dessen chronische Finanzierungslücke zu schließen
- ❖ Für qualitativ hochwertige, transformative klima- und naturverträgliche Projekte des GCF einsetzen, durch Abstimmungsverhalten im Board sowie durch die Förderung von hochwertiger Projektentwicklung unter Einbeziehung lokaler Organisationen. Dies gilt auch für Österreichs Implementing Entity, die Austrian Development Agency (ADA)

Allianz für Klimagerechtigkeit  
im Oktober 2021

## Mitglieder der Allianz für Klimagerechtigkeit

- ❖ Arche Noah
- ❖ ARGE Weltläden
- ❖ ÄrztInnen für eine gesunde Umwelt
- ❖ CARE Österreich
- ❖ DIE UMWELTBERATUNG
- ❖ Dreikönigsaktion – Hilfswerk der Katholischen Jungschar
- ❖ EU-Umweltbüro
- ❖ GLOBAL 2000 - Friends of the Earth Austria
- ❖ GLOBALE VERANTWORTUNG - Arbeitsgemeinschaft für Entwicklung und Humanitäre Hilfe
- ❖ Greenpeace CEE
- ❖ HORIZONT3000
- ❖ Institut für Umwelt, Friede und Entwicklung
- ❖ Internationales Bildungsnetzwerk PILGRIM
- ❖ Jane Goodall Institut – Austria
- ❖ Klimabündnis Österreich
- ❖ Koordinierungsstelle der österreichischen Bischofskonferenz für internationale Entwicklung und Mission
- ❖ Naturfreunde Internationale
- ❖ ÖIE-Kärnten – Globale Bildung im Bündnis für eine neue Welt
- ❖ ÖKOBÜRO – Allianz der Umweltbewegung
- ❖ Ökosoziales Forum
- ❖ Österreichisches Rotes Kreuz
- ❖ Protect Our Winters Austria
- ❖ SOL – Menschen für Solidarität, Ökologie und Lebensstil
- ❖ Südwind
- ❖ Umweltbeauftragte der katholischen und evangelischen Kirche Österreichs
- ❖ World Wide Fund for Nature Österreich

Die Allianz für Klimagerechtigkeit dient als dauerhafte Themenplattform österreichischer Nichtregierungsorganisationen (NROs), die in den Bereichen Umwelt, Entwicklungszusammenarbeit, Soziales und Humanitäre Hilfe tätig sind. Sie setzt sich für mehr Klimaschutz in Österreich und für internationale Klimagerechtigkeit ein und will Bewusstsein für den Zusammenhang zwischen Klima und Entwicklung bei der breiten Öffentlichkeit, Meinungsbildner\*innen, Behörden und Entscheidungstragenden schaffen.